

SOLI

EXTRA

DGB
Jugend

BILDUNGSSTREIK

Bildungsstreik: Wir sind dran!



Streik 2010: Bildung auf die Straße

Foto: Stefan Boness / Ipon

Für das Menschenrecht auf Bildung. Von DGB-Bundesjugendsekretär **René Rudolf**

Die DGB-Jugend unterstützt den Bildungsstreik, der sich für ein sozial gerechtes und qualitativ gutes öffentliches Bildungswesen einsetzt. Denn ohne die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung lassen sich soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand in Deutschland nicht erreichen.

Fast alle nationalen und internationalen Vergleichsstudien stellen dem deutschen Bildungswesen ein miserables Zeugnis aus: Es ist ein sozial selektierendes Schulsystem mit einer zu hohen Zahl an Schulabbrüchen. Und 1,5 Millionen Menschen zwischen 20

und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Besonders große Hürden gibt es an den Übergängen: Endlose Praktika und Maßnahmenschleifen, Befristungsketten sowie niedrige Löhne erschweren den Berufseinstieg und sorgen oft auch noch darüber hinaus für eine prekäre Existenz.

Die ungleiche Verteilung von Bildungschancen beeinflusst auch die Entscheidung – und die Möglichkeit –, ein Studium aufzunehmen. Und auch ein einmal begonnenes Studium bringt jeder fünfte Studierende nicht zu Ende. Häufigste Gründe für den Abbruch: zu hohe Arbeitsbelastung und/oder finanzielle Schwierigkeiten.

Schon in den letzten Jahren hat die DGB-Jugend den Bildungsstreik in vielen Bündnissen vor Ort und mit verschiedenen Aktionen mitgetragen. Erinnert sei hier auch an die Solidaritätsadresse, das »Wir«-Video der DGB-Bundesjugendkonferenz im November 2009 oder an die Aktion vor dem Bundeskanzleramt im Dezember 2009, wo wir eine Kanzlerimitatorin die Bildungsrepublik ausrufen ließen und unseren Zehn-Punkte-Plan für eine nationale Bildungsstrategie bekanntgemacht haben.

INHALT

2 politischer hintergrund

Die Bildung und der DGB
Daten und Fakten

4 bildung für alle

Im Betrieb
In der Schule
In der Hochschule

6 was geht

Was ist Streik?
Azubis, Studis und SchülerInnen –
so wird protestiert
Erfahrungen aus NRW

Und wir mischen auch dieses Jahr wieder kräftig mit, wie die DGB-Jugend NRW bereits im Vorfeld der dortigen Landtagswahlen eindrucksvoll gezeigt hat. Denn wir wollen kein selektives Bildungssystem, sondern eine neue Bildungsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen.

Diese Soli extra fasst die Positionen der Gewerkschaftsjugend zum Thema Bildung zusammen – in der Schule, in der Ausbildung und im Studium. Wir fordern die soziale Öffnung der Hochschulen für Menschen, die sich beruflich qualifiziert haben, ebenso wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Bildungssystem. Eine gute Bildung braucht mehr Geld: Wir halten dabei zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für erforderlich.

Denn die Devise heißt: Bildungsarmut bekämpfen. Das geht nur über die Chance zur Teilhabe an Bildung und Ausbildung auf allen Stufen des Bildungssystems, die wir durch ein einklagbares Recht verwirklicht sehen möchten: dem Grundrecht auf Ausbildung.

Mit der Kampagne »Wie wollen wir leben?« möchten wir eine breite öffentliche Debatte über die Perspektiven der Jugend und über die Zukunft unserer Gesellschaft führen. Alle, die sich daran beteiligen wollen, sind herzlich eingeladen. Das Ziel heißt: Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben. [S](#)

DGB-Jugend: Zehn Punkte für eine nationale Bildungsstrategie: www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/meldungen/bildungsstreik



FLYER

Dabei sein

Die DGB-Jugend macht in vielen Bündnissen mit – für die Studierendenarbeit gibt's einen Extra-Flyer.

Zu bestellen auf: www.dgb-jugend.de, »Broschüren«



Nicht tatenlos zusehen

**Gegen soziale Auslese:
Der Kampf um die Bildung
und die Gewerkschaften.**
Von **Matthias Anbuhl**

Angela Merkel hätte kaum einen größeren Anspruch wählen können, als sie vor gut zwei Jahren zum 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft kurzerhand die Bildungsrepublik Deutschland ausrief. »Wohlstand für alle« heiße heute »Bildung für alle«, verkündete die CDU-Bundeskanzlerin – und lud die Ministerpräsidenten nach Dresden zu einem Bildungsgipfel ein.

Der Vorstoß der Kanzlerin überraschte, hatte Merkel zuvor doch den Bund mit der Föderalismus-Reform bildungspolitisch weitgehend entmachtet. Entsprechend reserviert rea-

Über Nacht hat sich der Investitionsbedarf im Bildungswesen...

gierten die Bundesländer. »Ich erwarte, dass der Bildungsgipfel nach drei Stunden vorbei ist. Ich habe ihn nicht erfunden. Bildung ist Ländersache«, sagte Sachsen-Anhalts Regierungschef Wolfgang Böhmer (CDU).

Die Länder ließen sich in Dresden nur auf wenige Ziele ein, ohne deren konkrete Umsetzung zu fixieren. Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen, die Zahl der SchulabbrecherInnen und der jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung halbiert werden. Mehr Menschen sollen ein Studium aufnehmen und sich weiterbilden. Für ein Drittel der Kinder, die jünger als drei Jahre sind, müsse ein Krippenplatz bereitstehen.

Nimmt man diese Ziele ernst, hätten Bund und Länder alle Hände voll zu tun. Der Natio-

...mehr als halbiert, ohne dass nur ein einziger Cent zusätzlich investiert wurde.

nale Bildungsbericht zeigt das: Noch immer leben in Deutschland rund vier Millionen Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können. 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Mehr als 65.000 verlassen pro Jahr die Schule ohne einen Abschluss. Kurzum: Der Weg in die Bildungsrepublik Deutschland ist weit.

Ein Jahr nach dem Gipfel fällt die Bilanz ernüchternd aus: Die MinisterInnen verstehen die Bildungsziele als Rechenaufgabe. Geht es um die Zahl der SchulabbrecherInnen, den

Ausbildungsmarkt oder die Bildungsausgaben – überall werden die Bilanzen frisiert.

Den Anfang machten die KultusministerInnen. Sie beschlossen eine Änderung der Schulabbrecher-Statistik. Zählte man dort bisher alle Jugendlichen, die nicht mindestens einen Hauptschulabschluss erreicht haben, wurde dieser Maßstab nun geändert. Fortan gelten auch SonderschülerInnen nicht als Abbrecher – selbst wenn sie auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen haben. So ließe sich die Zahl der AbbrecherInnen allein in seinem Land halbieren, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsminister Henry Tesch (CDU) offenerzig.

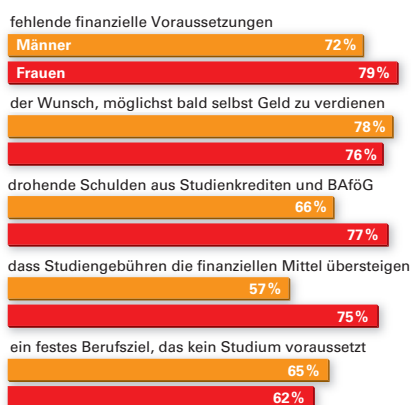
Ähnlich schaut es auf dem Ausbildungsmarkt aus. In diesem Winter verkündeten die Partner des Ausbildungspakts erneut eine entspannte Lage.

Nur 4.400 Jugendlichen fehle noch ein Ausbildungsplatz. Dass rund 74.000 Jugendliche, die händeringend eine Ausbildung suchen, in Warteschleifen geparkt wurden, erwähnte man nicht. Diese Jugendlichen werden in der Statistik schlicht als versorgt geführt.

Nicht besser machten es die FinanzministerInnen mit der geplanten Anhebung der Investitionen für Bildung und Forschung auf zehn Prozent des BIP. Nimmt man die Zahlen der Industrieländerorganisation OECD, müssten mehr als 32 Milliarden Euro in das deutsche Bildungssystem fließen. Die MinisterInnen stört das nicht. Ihr Motto: Taschenrechner anschalten und sehen, was möglich ist. So verbuchten sie ganz neue Posten im Bildungsetat. Die Pensionen für LehrerInnen und ProfessorInnen sowie die Sanierung von Gebäuden zählen

Unibesuch scheitert oft am Geld

Gegen ein Studium sprechen ...



Mehrfachnennung möglich
Quelle: Hochschul-Informations-System 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

WAS IST EIGENTLICH...?

Begriffe und Zahlen

Bologna

Der Bologna-Prozess ist ein europäisches Vorhaben zur Schaffung eines einheitlichen Bildungswesens bis 2010. Gestartet wurde er 1997, als der Europarat gemeinsam mit der Unesco festlegte, dass prinzipiell alle Unterzeichnerstaaten gegenseitig Studienabschlüsse anerkennen sollten. 29 europäische BildungsministerInnen haben die – völkerrechtlich nicht bindende – Bologna-Erklärung 1999 unterschrieben.

Die Hauptziele sind: Mehr Mobilität, also der leichtere Wechsel der Studierenden nicht nur

zwischen Hochschulen, sondern auch zwischen Studienländern. Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit, also Zurichtung für den Arbeitsmarkt. Dazu sollten leicht verständliche und vergleichbare Abschlüsse wie Bachelor und Master geschaffen werden, wobei der jeweilige Leistungsstand aller Studis durch sogenannte Credits, also standardisierte Leistungspunkte, gekennzeichnet wird. Auch die Regelstudienzeit wurde deutlich verkürzt. Die Gefahr der Ausrichtung der Ziele an vor allem ökonomischen und Arbeitgeber-Interessen, Umsetzungsprobleme und die gewollte Arbeitsverdichtung haben viel Kritik bis zur kompletten Ablehnung des Prozesses hervorgerufen.

Die Föderalismusreform

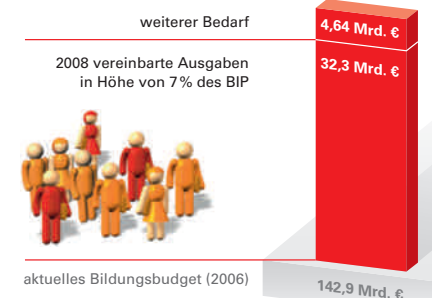
2006 regelten Bund und Länder ihre Zuständigkeiten für Bildungspolitik neu. Seitdem ist im Prinzip jedes Bundesland selbst für seine Hochschulen verantwortlich. Der Bund hat formal nur noch die Kompetenz, einheitliche Regelungen zum Hochschulzugang und für die Abschlüsse zu erlassen, macht davon aber keinen Gebrauch. Entsprechend unübersichtlich ist die Hochschullandschaft in Deutschland.

Der Ausbildungspakt

Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs, wie es korrekt heißt, stammt aus dem Jahr 2004. Geschlossen wurde er von

Bildung ausreichend finanzieren

Ein gut funktionierendes Bildungssystem erfordert **zusätzliche Ausgaben für Bildung 36,94 Mrd. €**



Diese zusätzlich notwendigen Ausgaben für Bildung betreffen...



Quelle: Jaich 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

dazu. Und siehe da: Über Nacht hat sich der Investitionsbedarf im Bildungswesen in Deutschland mehr als halbiert, ohne dass nur ein einziger Cent zusätzlich investiert wurde.

Derweil ist in unserer Gesellschaft längst ein Verteilungskampf entbrannt. »Deutschland ist auf dem Weg in eine neue Art der Klassengesellschaft«, heißt es in einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Unter dem Titel »Eltern unter Druck« beschreiben die WissenschaftlerInnen die

Flucht der Oberschicht in ein abgeschottetes privates Bildungssystem. Das reicht vom Luxus-Kindergarten bis hin zur privaten Hochschule. Während an Schulen in sozialen Brennpunkten der Schimmel die Wände hochkriecht, lässt man es sich in der Luxus-Kita gut gehen. Zum Beispiel in der Villa Ritz in Potsdam: mit privaten Bodyguards, Chinesisch-Unterricht und einer Wellness-Oase für die Kleinen. Weiter können die Lebenswelten nicht auseinanderliegen.

Es stellt sich die Frage, welche Prioritäten unsere Gesellschaft setzt: Ist es in Ordnung, wenn Eltern immer mehr Geld für Schulbücher, Klassenfahrten und Nachhilfe aus der eigenen Tasche bezahlen müssen – und gleichzeitig reiche Eltern bis zu 5.000 Euro Schulgeld für Privatschulen

von der Steuer absetzen können? Ist es richtig, dass Schülern mit 19 Prozent Mehrwertsteuer veranschlagt wird, während für Übernachtungen in Luxus-Hotels künftig der ermäßigte Satz von sieben Prozent gilt?

Doch Schwarz-Gelb forciert die Privatisierung von Bildungschancen. Die Regierung will das Bildungssparen einführen. 150 Euro Staatseinlage gibt es für jedes Neugeborene. Die Eltern können dann auf ein Bildungskonto einzahlen und werden nach dem Vorbild der Riester-Rente gefördert. Diese Idee hilft vor allem betuchten BürgerInnen. Anderen Menschen fehlt schlicht das Geld für dieses Sparmodell. Sie sollen nicht nur für die Rente riestern, sondern noch Zusatzbeiträge für Kranken- und Pflegeversicherung berappen. Das Bildungs-

sparen wird die soziale Spaltung im Bildungswesen vertiefen.

Es gibt aber auch Spielraum für Umverteilung im System. Warum finanziert der Staat mit Milliarden handverlesene Exzellenz-Universitäten, während in anderen Hörsälen der Putz von den Wänden bröckelt, Studierende wie bei einer Tombola aus den Seminaren gelost werden und viele Hochschulen junge Menschen mit lokalen NCs (NC = Numerus Clausus, der zu erreichende Notenschnitt beim Abitur) vom Studium ausgrenzen?

Der DGB hat einen anderen Vorschlag gemacht: Mit einem 13-Milliarden-Paket pro Jahr könnte allein der Bund 40.000 SozialarbeiterInnen an Ganztagschulen, 28.000 wissenschaftliche Stellen an Hochschulen, den Ausbau des BAföG, bessere Angebote und Beratung in der Weiterbildung sowie die Abschaffung der Kita-Gebühren finanzieren.

Verglichen mit den Steuersenkungsplänen

von Schwarz-Gelb nimmt sich dieses Paket geradezu bescheiden aus. Die Gewerkschaften werden diesem Verteilungskampf im Bildungswesen nicht tatenlos zu sehen. Wir verstehen Bildung als soziale Frage. Deshalb kämpft der DGB für das Recht auf einen Kita-Platz – und gegen die soziale Auslese im gegliederten Schulsystem. Wir streiten gegen kurze Schmalspurausbildungen, die junge Menschen zu Handlangern in Betrieben degradieren. Wir streiten gegen soziale Barrieren auf dem Weg in die Hochschulen – sei es durch Studiengebühren oder eine schlecht gemachte Bologna-Reform. Nicht zuletzt deshalb unterstützt der DGB die Bildungsstreiks. 

Matthias Anbuhl ist Leiter des Bereichs Bildung, Qualifizierung, Forschung beim DGB-Bundesvorstand.



Wie man es auch dreht: Die Gewerkschaften werden diesem Verteilungskampf im Bildungswesen nicht tatenlos zusehen.

der Bundesregierung und Spitzenverbänden der Wirtschaft, die damit einer Ausbildungsabgabe entkommen wollten. Er galt zunächst für drei Jahre und wurde dann bis Ende 2010 verlängert. Ziel ist, »jedem Ausbildungswilligen und -fähigen ein Ausbildungsangebot zu machen«, um den Fachkräftenachwuchs zu sichern.

Die DGB-Jugend moniert eine sehr unsaubere Bilanz, die z.B. junge Menschen in Warteschleifen nicht erfasst. Sie fordert statt dessen einen Schutzschirm für Ausbildung, mit dem nicht nur die Ausbildungskapazitäten vergrößert und hemmende Gebühren abgeschafft, sondern auch ausbildungsbegleitende Hilfen ausgebaut werden sollen.


Zahlen

□ Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes lernten an Allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2008/9 insgesamt 9.023.572 Mädchen und Jungen sowie junge Erwachsene, 979.425 davon im Sekundarbereich II, also ab dem 11. Schuljahr auf dem Weg zur Fachhochschul- oder Hochschulreife. Wiederum 35.739 davon besuchten Abendgymnasien oder Kollegs.

An den Beruflichen Schulen gab es im gleichen Zeitraum 2.805.940 SchülerInnen.

Bleiben noch die Universitäten: An den 395 Hochschulen in Deutschland studierten im Wintersemester 2008/9 insgesamt 2.025.307 Menschen.

□ Studiengebühren von 100 bis 500 Euro pro Semester werden derzeit in den Ländern Bayern, Hamburg und Niedersachsen erhoben, im Saarland letztmals im laufenden Sommersemester. In NRW entscheiden die Hochschulen selbst, in Sachsen gelten Gebühren nur für ein Zweitstudium, in Sachsen-Anhalt für ein Zweitstudium und Langzeitstudierende.

Letztere werden auch in Bremen, Rheinland-Pfalz und Thüringen zur Kasse gebeten. Hessen hat seine besonders hohen Studiengebühren von 500 Euro für ein Erst- und bis zu 900 Euro für ein Zweitstudium im vergangenen Jahr abgeschafft. 

Dual ist auch Bildung

Azubis dürfen nicht vergessen werden. Deshalb: Für ein Grundrecht auf Ausbildung.
Von Dirk Neumann

Auszubildende spielen im Bildungssystem der Bundesrepublik eine wichtige Rolle: Einen Teil ihrer Ausbildung absolvieren sie an öffentlichen Schulen, den Berufsschulen, den anderen Teil in Betrieben oder Verwaltungen. Dieses so genannte duale System ist im internationalen Vergleich nur selten anzutreffen und sorgt bislang für eine grundsätzlich hohe Qualität beruflicher Qualifizierung in Deutschland.

Ganz nebenbei stärken vielseitige und anspruchsvolle Aufgaben im Beruf Bereitschaft und Möglichkeit zur sozialen Integration. Hinzu kommt die Bedeutung gut ausgebildeter Fachkräfte für den Arbeitsmarkt und die volkswirtschaftliche Entwicklung.

Hier stecken wir derzeit in einem Dilemma: Einerseits sind die Warnungen vor einem drohenden Fachkräftemangel nicht mehr zu überhören, andererseits ist die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze zuletzt deutlich zurückgegangen: Wurden der Bun-

desagentur für Arbeit (BA) im Jahr 2008 noch 616.342 Ausbildungsstellen gemeldet, so sank diese Zahl 2009 auf nur noch 566.004 – ein Rückgang von über acht Prozent.

Immer weniger Jugendliche können eine betriebliche Ausbildung absolvieren – laut BA nicht einmal mehr die Hälfte der BewerberInnen. Der Rest landet in Warteschleifen und anderen oftmals schlechten Alternativen.

Die Gewerkschaftsjugend fordert daher ein individuell einklagbares Grundrecht auf Ausbildung. Allen BewerberInnen muss es ermöglicht werden, eine betriebliche Ausbildung zu beginnen. Dafür müssen alle Unternehmen ihren Beitrag leisten. Das Ziel bleibt eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage, die konjunkturunabhängig ausreichend Ausbildungsplätze in den Betrieben sicherstellt. Unternehmen, die ausbilden, werden entsprechend unterstützt. Bis es soweit ist, unterstützt die Gewerkschaftsjugend jedoch auch Initiativen, die zu mehr und besseren Ausbildungsplätzen führen.

Aber auch Jugendliche, die einen der begehrten Ausbildungsplätze erhalten haben, sehen sich zunehmend mit Problemen und

Zukunftsängsten konfrontiert. Der jährliche Ausbildungsreport der DGB-Jugend zeigt, dass es erschreckende Mängel in der Ausbildung gibt. Und die Übernahme nach erfolgreich absolvierter Ausbildung wird immer mehr zur Ausnahme, Fachkräftemangel hin oder her.

Die DGB-Jugend hat knapp 2.000 Azubis im letzten Lehrjahr nach ihren Übernahmeaussichten gefragt. Gerade mal ein Drittel hatte kurz vor dem Ende der Ausbildung bereits eine sichere Perspektive im Ausbildungsbetrieb über die Ausbildungszeit hinaus. Etwa jeder vierte hingegen weiß schon heute sicher, dass es keine Übernahme geben wird. Hinzu kommen weitere 40 Prozent, die zum Zeitpunkt der Befragung noch keinerlei Info darüber hatten, was man ihnen anbietet.

Die Grundrechte auf Bildung und Ausbildung sowie die soziale Gestaltung der Erwerbsarbeit stehen für die Gewerkschaftsjugend im Mittelpunkt. Wir machen uns stark für eine Gesellschaft, die Teilhabe ermöglicht und echte Zukunftschancen bietet. Hierzu bedarf es ausreichender finanzieller Ausstattung aller und kostenfreien Zugang zu Bildung auf allen Ebenen. ☐

Dirk Neumann ist der Ausbildungsexperte der DGB-Jugend.

Eine Schule für alle

Das dreigliedrige Schulsystem ist überholt – und vernachlässigt die Unterschiede von Individuen. Von Tim Huß

Deutschland und Österreich halten an einem aussterbenden Phänomen fest: der Dreigliedrigkeit im Bildungswesen. Glücklicherweise mit europäischem Mittelmaß werden LobbyistInnen nicht müde, auf die Bedeutsamkeit der individuellen Förderung hinzuweisen – und sehen diese dann ganz selbstverständlich in der Aufteilung Hauptschule, Realschule und Gymnasium verwirklicht. Auch manche SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern unterstützen dies – freilich niemals mehrheitlich.

Finnland oder Kanada sind aber nicht aus Jux und Dollerei Musterschüler unter den Industriestaaten: In diesen Top-PISA-Ländern ist der Unterricht flexibel und maßgeschneidert – »ziendifferenzierter Unterricht« heißt das Zauberwort. Wer in einer Lerngruppe sowohl eine gemeinsame Basis als auch viele verschiedene Individuen erkennt, der hat den ersten Schritt hin zu einem guten Bildungssystem getan.

Im direkten Vergleich zeigt sich, dass das dreigliedrige Schulsystem tatsächlich überholt, ineffizient und nicht gerade sozialverträglich ist. Überholt, weil mit ihm weltweit kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist. Ineffizient, da weder zwischen den SchülerInnen einer Schulform noch zwischen den Fächern differenziert wird. Nicht sozialverträglich, weil der schulische Erfolg zu einem Großteil vom Geld und der gesellschaftlichen Stellung der Eltern abhängt.

Die kommenden Generationen werden das aktuelle deutsche Bildungswesen schockiert als Barbarei bezeichnen, wenn sie in ihren Geschichtsbüchern lesen, dass Akademikerkinder bei gleicher Leistung eine dreimal höhere Chance auf eine Gymnasialempfehlung hatten als ein Arbeiterkind. Oder wenn sie herausfinden, dass die zivilisierte Bildungsrepublik im Fokus von Menschenrechtsbeauftragten der Vereinten Nationen stand. Sie werden sich fragen, wie ei-

ne Gesellschaft es akzeptieren konnte, den Lebensweg eines Kindes im Alter von zehn Jahren wesentlich zu prägen.

Möglicherweise hat diese zukünftige Generation mehr Glück: Vielleicht genießt sie ein Gemeinschaftsschulskonzept, das weder Diskriminierung noch Gleichmacherei innerhalb von Schulformen kennt.

Noch mal zur Erinnerung: In einer Schule für alle wird bei kluger Umsetzung nicht weniger, sondern viel mehr differenziert. Eine Gemeinschaftsschule akzeptiert alle Kinder, so wie sie sind – und fördert nach individuellen Gesichtspunkten. Schwächere profitieren von Stärkeren, und auch Stärkere können von schwächeren MitschülerInnen lernen – vor allem, was didaktische und soziale Fähigkeiten anbelangt. ☐

Tim Huß ist Landesschulsprecher in Hessen.



Studium: Ein Hürdenlauf

Der Hochschulbesuch ist ein anstrengendes Hobby – für Zahlungskräftige. Von Sabrina Klaus-Schelleter

Wer heute ein Studium beginnt, hat schon die erste Hürde genommen. Denn nicht alle, die studieren möchten, können sich das auch leisten. 2008 haben 86.000 (von insgesamt 441.000) SchulabgängerInnen mit Hochschulzugangsberechtigung kein Studium aufgenommen. Ein Drittel davon sagte bei einer Befragung über das Hochschul-Informationssystem (HIS), dass ihnen das Geld dafür fehle. Eine Allensbach-Studie untermauert diesen Befund: Nicht einmal jeder zweite Abiturient aus ärmeren Verhältnissen plant ein Studium.

Wer doch an den Hochschulen angekommen ist, sieht sich vor weiteren Hürden.

Hohe Arbeitsbelastung wird kombiniert mit sehr starren Studienprogrammen...

Das Ziel des 1999 gestarteten Bologna-Prozesses war die Gestaltung eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes. Konkret sollte er die Mobilität von Studierenden und HochschullehrerInnen fördern – unter anderem dadurch, dass die Abschlüsse an verschiedenen Hochschulen und in den verschiedenen Ländern vergleichbar gemacht wurden: Für das erfolgreiche Absolvieren von Kursen sollten die Studierenden eine bestimmte Menge an Leistungspunkten (»Credits«) erhalten. Maßstab für diese Credits ist der »durchschnittliche Arbeitsaufwand des Durchschnittsstudierenden« (»Workload«).

Im europäischen Vergleich steht Deutschland dabei an der Spitze. Hier entspricht ein Credit 30 Stunden Leistung, das Einhalten der Regelstudienzeit setzt 30 Credits pro Semester voraus – macht 900 Stunden im Halbjahr. Das bedeutet eine 35-Stundenwoche – ohne jeglichen Urlaub. Die hohe Arbeitsbelastung wird in der Regel kombiniert mit teilweise sehr starren Studienprogrammen, Prüfungsstress, überfüllten Seminaren bei mangelnder Betreuung und geringem Praxisbezug.

Besonders problematisch wird das für diejenigen, die sich ihr Studium zusätzlich komplett oder mitfinanzieren müssen. Das sind inzwischen schon zwei Drittel aller Studierenden. Denn neben den Unterhaltskosten sind in den letzten Jahren in der Mehrzahl der Bundesländer Studiengebühren oder Studienkonten oder beides eingeführt worden. Das bedeutet für viele: noch mehr jobben – bei gleichzeitig höherer Studienbelastung.

Daher überraschen die Ergebnisse einer weiteren aktuellen HIS-Studie wenig, die die Ursachen und Motive für den Studienabbruch bei Bachelor- und Masterstudierenden untersucht: 20 Prozent aller befragten StudienabbrecherInnen fühlen sich den Anforderungen des Studiums nicht gewachsen. Zählt man die elf Prozent der AbbrecherInnen hinzu, die das Nichtbestehen von

Prüfungen als Grund nennen, so sind 31 Prozent an einer Überforderung gescheitert.

Dies ist ein Anstieg von elf Prozentpunkten im Vergleich zum Studienjahr 2000 – als es noch keine Bachelorstudiengänge gab. Probleme, das Studium zu finanzieren, waren für 19 Prozent der Befragten der Grund für den Abbruch – oft weil sie die zur Finanzierung des Lebensunterhalts notwendige Erwerbstätigkeit und das Studium nicht miteinander verbinden konnten.

Der Weg zu mehr Mobilität in einem einheitlichen und vergleichbaren Hochschulraum ist damit zum Hürdenlauf geworden. Und sie hat sogar abgenommen: Denn öfter als früher werden bei einem Studienortwechsel innerhalb Deutschlands

Leistungen nicht anerkannt. Für die Auslandsmobilität sehen 80 Prozent der Studierenden Finanzierungsprobleme als Hürde. Und 77 Prozent befürchten gar eine Studienzeitverlängerung.

Und letztlich führt die hohe Arbeitsbelastung auch dazu, dass sich Studierende weniger politisch engagieren. Eine vom Freien Zusammenschluss der StudentInnenenschaften initiierte Umfrage, die den Bologna-Prozess aus Sicht der Studierenden untersucht hat, kommt zu dem Ergebnis: Das tatsächliche hochschulpolitische Engagement in den neuen Strukturen hat abgenommen – obwohl die Studierenden es für ebenso wichtig halten wie vorher. Dies schwächt die Demokratie, weil es weniger Raum für politische Teilhabe gibt. [5]

STUDIUM UND DGB JUGEND

Qualität geht vor

Von Sabrina Klaus-Schelleter

Die DGB-Jugend unterstützt zwar Bologna, kritisiert aber die derzeitige Umsetzung. Es muss einen Kurswechsel geben – nach dem Grundsatz: Qualität vor Tempo!

Damit das Studium keine Hindernisse aufräumt, braucht es eine Anpassung an die sozialen, wirtschaftlichen und individuellen Lebensrealitäten von – auch zukünftigen – Studierenden. Wir streiten in Politik und Öffentlichkeit für die Studierbarkeit von Studiengängen, für Durchlässigkeit, für die Vergleichbarkeit von Studiengängen und die Anerkennung von Abschlüssen. Wir fordern die Abschaffung von Studiengebühren und Bildungskonten und ein starkes BAföG.

Die Gewerkschaftsjugend ist an 54 Hochschulstandorten mit Hochschulinformationsbüros und Campus Offices unter dem Label »Students at work« vertreten und berät vor Ort Studierende zu sozial- und arbeitsrechtlichen Problemen. Den Schwerpunkt bilden derzeit Fragen zur Studienfinanzierung.

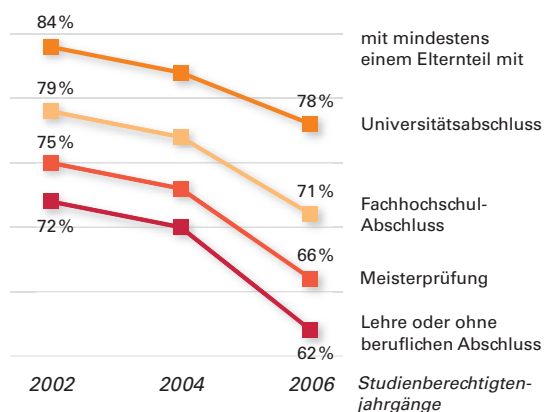
Wir unterstützen die Bildungstreikenden an Hochschulen vielerorts auf vielen Wegen – bei der Infrastruktur über Bildungsangebote bis hin zu gemeinsamen Aktionen. Auch für uns gilt: Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut! [5]

Sabrina Klaus-Schelleter ist politische Referentin der DGB-Jugend.



Studium rückt weiter weg

Nach familiärer Herkunft betrug die Wahrscheinlichkeit, ein Studium zu beginnen für Studienberechtigte ...



© Hans-Böckler-Stiftung 2008

Hurra, wir sind drin!

Bildungsstreik heißt: Nach innen und nach außen wirken. Über den Rand geschaut – das Beispiel Wien. Von Tanja Trost

»Audimax besetzt. Bildung muss frei sein. Solidarisieren. Informieren. Protestieren!«
(Eine von vielen SMS am 22. Oktober 2009)

Im Oktober 2009 besetzen mehrere tausend Studierende und SympathisantInnen das Audimax der Akademie der bildenden Künste in Wien. Die Stadt wird schnell als zentraler Protestort der insgesamt 62 Streiktage wahrgenommen.

Binnen weniger Stunden erschaffen sich die AktivistInnen in fast 100 Arbeitsgemeinschaften eine komplette Infrastruktur: Das eigens gegründete Pressezentrum arbeitet ebenso rund um die Uhr wie die perfekt organisierte Volkküche.

Anders als in der 68er-Bewegung, die oft zum Vergleich herhalten muss, gibt es keine strahlenden Köpfe – statt dessen heißt die Maxime: Basisdemokratie.

Eben diese augenscheinliche Führungslosigkeit verwirrt die politischen Parteien und Gruppierungen, die nach festen Ansprechpersonen Ausschau halten. Die TeilnehmerInnen bewerten sie als Vorteil.

Per Twitter, Internetforen, Social Networks, SMS, Mundpropaganda und Flyer tauschen sich die AktivistInnen so schnell aus, dass Medien und Politik Probleme haben, hinterherzukommen. Die Tageszeitung


»Der Standard« reagiert mit einer 24-Stunden-Onlineberichterstattung. Es gibt Live-schaltungen zu Expertenrunden ins Fernsehen, den permanenten Livestream der Plena und Diskussionsrunden kann man im Internet verfolgen.

Die »unibrennt«-Proteste sind somit die erste Aktion, mit der die einst als »unpolitisch« geschimpfte Generation es schafft, die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre Forderungen an ein gerechtes, ausfinanziertes und zukunftsgerichtetes Bildungssystem zu ziehen.

Mit Flashmobs, dem Pflanzen eines Bildungsbaums, dem Zeitungsprojekt »Morgen« (in Anlehnung an die Gratiszeitung »Heute«) und einer Führung durch das besetzte Unigebäude für die interessierte Bevölkerung versuchen die AktivistInnen, die Außenwelt ebenso einzubinden wie auch die Universitätsgemeinschaft. Lehrende schließen sich zusammen und machen auf ihre prekäre Beschäftigungslage aufmerksam.

Die Forderungen werden zu Inhalten vieler Lehrveranstaltungen, die auch schon mal in der U-Bahn stattfinden. Die Ausbreitung der Proteste auf das Kindertagesstättenpersonal über die Schulen bis hin zur Unterstützung der Metallgewerkschaft Pro-Ge mündet in Demonstrationen, an denen politische und soziale Gruppen ebenso wie SympathisantInnen teilnehmen.

Fazit: Noch hat sich in der österreichischen Bildungspolitik zwar wenig getan. Trotz-

dem haben die Herbstaktionen auf jeden Fall etwas gebracht: Es gibt eine neue Generation politisierter Menschen, die – angesteckt vom Gruppengefühl der Proteste – wieder für ihre Rechte auf die Straßen, in die Klassenzimmer und die Hörsäle gehen werden, bis ihre Forderungen erfüllt sind. 

Tanja Trost ist seit Januar 2010 Jugendbildungsreferentin der DGB-Jugend Baden-Württemberg und »Eine von vielen« an der Universität Wien.




PROTESTKASTEN

Aktionsideen

Ausbildungsglücksrad. Lasst eure Forderungen rotieren: Stellt das Glücksrad an einem belebten Ort auf und fordert von den PassantInnen, ihr Glück zu versuchen. Wer einen Studien-/Ausbildungsplatz erdreht, kriegt ein Ausbildungsplätzchen (Backzeit: 30 Minuten).

Mauern. Vors Rathaus ziehen, Eingang mit angemalten Pappkartons »zumauern«. Zentrale Forderungen gut sichtbar anbringen. Und auf den Besuch der Polizei einrichten!

»Frozen«. Der Bildungsstreik-Klassiker! Bestimmte Uhrzeit, bestimmter Ort, einheitliche Klamotten – auf Kommando in der vorher abgesprochenen Position verharren: küsend, kuschelnd, kämpfend, würgend! Aufmerksamkeitsfaktor: hoch. 

(aus: DGB-Jugend: Projekt- und Aktionsbox. Materialien zu politischen Arbeit, Berlin 2009)

ZWISCHENRUF: STREIK ODER NICHT STREIK

Besser Boykott

Von **Dirk Neumann**


SchülerInnen und Studierende machen mit Aktionen, Demos und Besetzungen auf ihre Forderungen unter dem Titel »Bildungsstreik« aufmerksam.

Auch die Gewerkschaftsjugend unterstützte quasi von Beginn an diesen Bildungsstreik, diskutierte aber auch darüber, ob es sich denn tatsächlich um einen Streik handelt. Im traditionellen Verständnis hat Streik immer etwas mit Arbeits- und Einkommensbedingungen zu tun, soll durch ihn die Unterlegenheit der abhängig Beschäftigten im Verhältnis zu den Unternehmen abgemildert werden. Somit dienen Streiks also dem Ausgleich im Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital.

Gleichzeitig bildet der Streik – im Sinne von Marx und Engels – auch ein Mittel zur Vorbereitung auf eine umfassende Emanzipation der Arbeiterklasse und der Menschheit insgesamt. In der Regel werden diese Arbeitsniederlegungen, die nicht (allein) primär dem Ziel des Interessenausgleichs zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen dienen, als politische Streiks bezeichnet. Sie sind jedoch nach herrschender Rechtsauffassung in Deutschland rechtswidrig. Gleichzeitig sieht das Grundgesetz keine Einschränkung für politisch motivierte Streiks vor, die als Proteststreiks ihr Ziel im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik finden.

Nun erwartet niemand, dass vor der Wahl einer Bezeichnung für eine Protestform umfassende Debatten über Begrifflichkeiten geführt werden. Dennoch handelt es sich beim Bildungsstreik wohl eher um einen Bildungsboy-

kott. Zur Durchsetzung von Zielen durch Proteste, deren Adressaten in erster Linie Regierungen und Parlamente sind, sollen letztere bzw. deren Einrichtungen für einen unbestimmten Zeitraum boykottiert werden: Mittel-, Hoch- und eventuell auch Berufsschulen.

Und gerade für Auszubildende, die in einem arbeitsvertraglichen Rechtsverhältnis zu einem Arbeitgeber stehen, ist eine Beteiligung an einem Streik oder dessen Unterstützung problematisch, wenn dieser nicht im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen durchgeführt wird. Wenn aber der Bildungsstreik kein Streik im klassischen Sinn ist, dann sollten sich Wege finden lassen, wie sich Azubis verstärkt den SchülerInnen und Studierenden anschließen können, um gemeinsam für bessere Bildung zu kämpfen. 



Protest für Azubis

Raus aus dem Betrieb. Rein in den Bildungsstreik. Geht das? Ja, sagt Christian Busch.

In der Vergangenheit erschien es oft so, als wenn die Auszubildenden im Bildungsstreik unterrepräsentiert wären. Andererseits gab es auch Veranstaltungen, wo sie die überragende Mehrheit gestellt haben.

Ersteres liegt auch daran, dass Auszubildende nicht so einfach von ihrem Arbeitsplatz wegkönnen. Das Verlassen des Betriebs auf eigene Faust kann die Auflösung des Ausbildungsverhältnisses nach sich ziehen. Außerdem müssen sie sich Gedanken um Auswirkungen auf ihre Übernahme machen. Und auch »blaumachen« ist nicht sinnvoll: Wer sich krank meldet, kann nicht offen für die eigenen Belange auf einer

Demonstration auftreten. In der Regel werden Auszubildende während der Zeit der Demonstrationen durch ihren Vertrag zur Anwesenheit im Betrieb verpflichtet sein. Die theoretisch einfachste Variante ist es, in der Mittagspause koordiniert zum Ort der Demonstration zu gehen. Denn die Mittagspause ist zur freien Verfügung.

Der nächste Schritt kann es sein, den Betriebsrat oder die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) einzubinden. Vielleicht handelt es sich um einen Betrieb, der gerne mehr »Eigengewächse« an die Uni schicken möchte. Der Betriebsrat oder die JAV könnte für die Auszubildenden aushandeln, dass sie zur Demonstration gehen können.

Sollte dieser Weg nicht möglich sein, wird es komplizierter. Ihr könnt eine Ju-

gend- und Auszubildendenversammlung einberufen, auf der die Berufsbildungssituation thematisiert wird. Oder man lädt Bildungsstreikaktive aus Schule oder Universität ein, die etwas zu ihren Problemen sagen. Im Anschluss an die Versammlung können dann alle zusammen noch vor dem Betrieb eine Aktion durchführen, zu der die Presse eingeladen wird.

Wer in der Berufsschule ist, ist vom Betrieb für den Besuch der Schule freigestellt. Man ist also genau so verpflichtet, in die Berufsschule zu gehen wie an anderen Tagen in den Betrieb. Die Möglichkeiten sind also dieselben wie im Betrieb. [S](#)

Christian Busch studiert in Göttingen und ist aktiv in der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit.

Siehe auch: www.bildungsstreik.net/material/entschuldigung-fur-azubis



Kopfnoten würfeln

Schöne Aktionen, Bündnispolitik, Menschen erreichen: Melanie Maier ist DGB-Jugendbildungsreferentin. Im Vorfeld der NRW-Landtagswahl war sie in der landesweiten »Bildungsperspektive« aktiv.

»Uns bröseln der Putz auf den Kopf« – das war die Losung für eure Bildungsstreik-Woche im April 2010. Was hatte es damit auf sich?

Die Schulen sind marode und brauchen Geld. Seitens der Politik wurden jede Menge Versprechungen gemacht, die nicht eingehalten wurden. Wir fordern: Eine Schule für alle, die Rücknahme der Schulzeitverkürzung – was die Schulen angeht. Bei Azubis: Die Verbesserung der Qualität der Ausbildung an Berufskollegs und die unbefristete und vermehrte Übernahme nach der Ausbildung. An der Hochschule wollen wir eine wirkliche Reform von Bachelor und Master und natürlich die komplette Abschaffung jeglicher Studiengebühren.

Wie seid ihr konkret vorgegangen?

Unsere »Bildungsperspektive«-Kampagne hatte am 3. Februar 2010 vor dem Landtag begonnen. Dort gab es einen Bildungsparcours mit hübschen Hindernissen. Es gab ein Glückrad und Tauziehen. Und Kopfnoten würfeln – einfach um mal zu demonstrieren, wie willkürlich die Bildungspolitik so ist. Wir wurden im politischen Raum wahrgenommen und haben gegenüber den Schülern, Studierenden und Azubis gezeigt, dass wir sie in ihren Anliegen unterstützen.

Was war die spektakulärste Aktion?

Das Freiluftklassenzimmer, das kam gut an. Aber wir haben in NRW im April 2010 auch alle Lernergruppen zusammengebracht – Schüler, Azubis, Studierende. Da kamen einfach mal um die 10. 000 Menschen zusammen.

Treten Leute wegen der Bildungsaktivitäten in die Gewerkschaft ein?

Natürlich, haha! Spaß beiseite: Wir haben Leute erreicht, die sonst mit Gewerkschaften nichts am Hut haben. Die sich jetzt engagieren und auch für weitere Aktionen gewonnen werden konnten. Die DGB-Jugend wird als sehr offen und als gute Bündnispartnerin wahrgenommen.

Was hat die DGB-Jugend gelernt?

Wir haben es geschafft, in Landes- und Lokalpresse äußerst gut mit unseren Themen platziert zu sein. Es ist unglaublich wichtig, Bündnisse zu konkreten Ereignissen zu haben. Sie sorgen für den persönlichen Kontakt vor Ort. Das wollen wir weiterführen. [S](#)

<http://bildungsperspektive-nrw.de>



SCHULE UND STREIK

Womit zu rechnen ist

Im Unterricht fehlen, um an Bildungsstreikaktionen teilzunehmen – ist das eigentlich erlaubt? In den Kultusministerien heißt es: Streikrecht haben nur ArbeitnehmerInnen. Für SchülerInnen herrscht Schulpflicht. Allerdings überlassen die meisten Behörden die Entscheidung den Schulleitungen.

Offiziell können Schulleitungen SchülerInnen beurlauben, um an Protesten teilzunehmen. Das geht aber nur, wenn das Ziel der Proteste ist, »einen geordneten Schulbetrieb herzustellen«, ohne den die Schulpflicht gar nicht einzuhalten wäre.

Denkbar ist jedoch, dass Schulleitungen und Lehrerkollegium die Bildungsproteste oder auch ganz einfach das gesellschaftliche Engagement der SchülerInnen offensiv unterstützen. Eine Möglichkeit ist, dann an der Schule selbst einen Aktionstag zu veranstalten – oder auch die Freistellung für die Demo.

Was kann passieren, wenn SchülerInnen unerlaubt während der Unterrichtszeit demonstrieren? Normalerweise wird es einen Eintrag ins Klassenbuch wegen »unerlaubten Fernbleibens vom Unterricht« geben. Der taucht dann auf dem Zeugnis als unentschuldigter Fehltag auf – was angeblich bei Bewerbungen auf Arbeitsplätze keinen guten Eindruck hinterlässt. Auch Verweise sind möglich. Auf Zeugnissen tauchen die aber nicht auf. An manchen Schulen muss der versäumte Unterricht auch in Extrastunden nachgeholt werden. Im fiesesten Fall setzen LehrerInnen am Protesttag eine Prüfung an. Wendet euch bei solchen Drohungen an die Bildungsstreik-Inis. [S](#)

DAS IST DER BILDUNGSSTREIK

Am 9. Juni 2010 werden viele SchülerInnen, Studierende, Auszubildende, Erwerbstätige, Erwerbslose und GewerkschafterInnen gemeinsam gegen die unzumutbaren Zustände im Bildungssystem protestieren. Und das nicht zum ersten Mal.

Aber trotz großer Aufmerksamkeit und kleiner Zugeständnisse hat sich nichts geändert – die zentralen Forderungen und Ziele wurden nicht erreicht. Im Gegenteil: Das Bildungssystem wird genau wie andere gesellschaftliche Bereiche weiter nach wettbewerbsorientierten Kriterien ausgerichtet und immer stärker ökonomisiert. Dagegen werden im Jahr 2010 Bildungsproteste organisiert, in denen vielfältige Aktionsformen (Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen etc.) ihren Platz finden.

Ein grundlegendes Ziel des Bildungsstreiks ist es, eine Diskussion über Sinn und Zweck des Bildungssystems in der Gesellschaft anzuregen. Möglichkeiten einer emanzipatorischen Bildungs- und Gesellschaftspolitik sollen aufgezeigt und durchgesetzt werden: Bildungseinrichtungen sollten Menschen dazu befähigen, die sie umgebenden Strukturen zu verstehen, zu kritisieren und zu verändern. Die zentralen Forderungen sind:

- Selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungs- und Konkurrenzdruck
- Freier Bildungszugang für alle, Lehrmittelfreiheit und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren
- Öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft u.a. auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe
- Radikale Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.

Die »offizielle« Internetseite des Bildungsstreiks: www.bildungsstreik.net

+ Europäischer Bildungskongress: Vom 26. bis 30. Mai 2010 findet in Bochum der Europäische Bildungskongress statt. Er soll sich mit den theoretischen Grundlagen des Bildungsstreiks beschäftigen. Das Konzept ist sowohl von der Beteiligung als auch den Inhalten noch ziemlich offen: Von Vergleichen der verschiedenen europäischen Bildungssysteme über den Versuch, ein eigenes ideales Bildungssystem zu entwerfen bis zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Bewegung soll alles seinen Platz haben. Auch die Formen und Methoden der Workshops und die Auswahl der ReferentInnen sind noch nicht festgelegt.

www.educationcongress.eu

+ Das Camp für Streikaktive. Die DGB-Jugend Baden-Württemberg rüstet zum Bildungsprotest. Ziel ist es, vorher noch mal eine ordentliche Portion Handwerkszeug zu tanken. Auf der Agenda stehen: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Protestformen und Versammlungsrecht. Natürlich bleibt noch Zeit, konkrete Aktionen zu planen.

28. bis 30. Mai 2010. Camp für Bildungsstreikaktive. DGB-Jugend Baden-Württemberg, Infos: jugend-bw.dgb.de, »Bildungsarbeit«

+ DGB-Jugend-Index Gute Arbeit 2009: Junge Menschen sind die unfreiwilligen Vorreiter einer neuen, flexibilisierten Arbeitswelt – viele sind von prekärer Beschäftigung betroffen. Diese Situation der jungen Generation schlägt sich auch im DGB-Jugend-Report zur Qualität der dualen Ausbildung nieder.

Soli extra Hochschulpolitik – Für ein soziales Studium: Bologna, Bachelor und Master, Jobben, Hochschulpolitik und Gute Lehre: Was die Gewerkschaften an den Hochschulen bewirken können. Das Bildungsspecial.

Beide Themenhefte gibt's auf www.dgb-jugend.de, »Broschüren«



IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030/240 60172, Fax: -409

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Projekt: Sabrina Klaus-Schellert

Redaktion: Jürgen Kiontke, Beate Willms

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030/240 60166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	